

An den
Präsidenten des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Mag.^a JOHANNA MIKL-LEITNER
HERRENGASSE 7
1014 WIEN
POSTFACH 100
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
ministerbüro@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0235-I/7/2014

Wien, am 8. August 2014

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mölzer und weitere Abgeordnete haben am 12. Juni 2014 unter der Zahl 1740/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend der „geforderten Solidarität bei der Aufteilung der Asylwerber seitens der südeuropäischen Mittelmeerländer“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 3:

Österreich fordert ein gesamteuropäisches Resettlement-Projekt von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen aus Nordafrika. Diese sollten vom UNHCR als unabhängiger und verlässlicher Partner nach klaren Kriterien und Standards ausgewählt und vorgeschlagen werden. Die EU-Mitgliedstaaten würden die Flüchtlinge nach erfolgter Sicherheitsüberprüfung nach einem fixen und gleichmäßigen Verteilungsschlüssel aufnehmen. Dabei wären die geschlossene Teilnahme aller EU-Mitgliedstaaten und die bereits vorhandene ungleiche Verteilung von Flüchtlingen in Europa zu berücksichtigen. Bei einer solchen Quotenverteilung hätte Österreich etwa im Jahr 2013 um mehr als 10.000 Asylanträge weniger bearbeiten müssen.

Durch dieses gemeinsame europäische Projekt könnte der Schleppermafia, die ihr Geschäft mit der Not anderer Menschen macht, der Nährboden entzogen und die Flüchtlings-

katastrophe im Mittelmeer beendet werden. Gleichzeitig müsste ein effektives System der Rückführung für illegal eingereiste und nicht schutzbedürftige Flüchtlinge etabliert und umgesetzt werden.

Zu Frage 2:

Dieser Kontakt besteht in den EU Gremien laufend.

Mag.^a Johanna Mikl-Leitner

